

Da ist Pfeffer drin

Lebhafte Debatten beim NDZ-Wahlforum

VON CHRISTIAN ZETT

Springe. Langweilig sei er, der Bundestagswahlkampf, klagten viele – vorhersehbar und ohne Kontroversen. Während diese Vorwürfe im Kanzler-Rennen spätestens seit dem TV-Duell überholt sind, zeigte sich am Dienstagabend auch in Springe: Da ist Pfeffer drin. Die sechs Kandidaten aus dem Wahlkreis 47 lieferten sich teils hitzige Auseinandersetzungen. Vor allem die Themen Atomkraft, und Mindestlohn sorgten für Streit.

Da musste Maria Flachsbarth doch mal laut werden gegenüber dem „geschätzten Kollegen“ Matthias Miersch (SPD). Gerade hatte der Rechtsanwalt auf dem Podium im Schulzentrum Nord das Thema Mindestlohn anhand der Gebüh-



Den Zuhörern im der Aula des Schulzentrums Nord wurde ein unterhaltsamer Schlagabtausch geboten.

renordnung für seinen eigenen Berufsstand erklärt – da platzte seiner CDU-Rivalin der Kragen: „Sie vergleichen doch Äpfel mit Birnen!“, wettete Flachsbarth.

Es sollte nicht die einzige Auseinandersetzung an diesem Abend bleiben. FDP-Kandidat Dirk Weissleder erntete für seine These, Hartz IV sei doch ei-

ne Art Lohn-Untergrenze, gar Gelächter und Buh-Rufe aus dem Publikum. Weissleder war es auch, mit dem Moderator und NDZ-Chefredakteur Marc Fügmann die Fragerunde eröffnete: „Haben Sie überhaupt noch Lust, für eine derart krisengeschüttelte Partei Wahlkampf zu machen?“ Weissleder bejahte: „Ich bin zuversicht-

lich.“ Eine „gewisse Leidenschaft“ sei als FDP-Mitglied Voraussetzung: „Manchmal weiß ich nicht, ob der Schmerz gerade kommt oder geht.“

SPD-Kandidat Miersch sah sich mit der Frage nach Koalitionen konfrontiert. Die Debatte um Rot-Rot-Grün oder Rot-Schwarz sei „etwas daneben“, sagte Miersch: „Ziel ist Rot-

Grün. Und es ist noch viel im Fluss.“ Man müsse aber weg von der „Ausschließertitis“. Für eine Koalitionsentscheidung seien ihm Inhalte wichtig – und da sehe er aktuell zu wenig Schnittmengen mit der Linken: „Wir können es uns nicht leisten, die Bundesrepublik gemeinsam zu regieren, wenn wir in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht übereinstimmen.“

Doch auch ein Zusammengehen mit der CDU ist für den SPD-Mann nicht einfach: „Ich sehe viele unterschiedliche Politikansätze“, etwa bei eben jenem Mindestlohn, den die CDU zumindest flächendeckend und einheitlich ablehnt. In der Großen Koalition „haben wir sozialdemokratische Kernkompetenzen abgegeben. Das darf nie mehr passieren.“

GUTEN MORGEN

Das war spitze!

VON CHRISTIAN ZETT

Am Schluss eines teils emotionalen politischen Abends wurde es noch mal verspielt: In Anlehnung an das legendäre „Dalli-Klick“-Spiel mit Hans Rosenthal mussten die Bundestagskandidaten bei der NDZ-Podiumsdiskussion Springer Sehenswürdigkeiten und Persönlichkeiten erraten.

Bei einem Bild war sich Matthias Miersch (SPD) ziemlich schnell ziemlich sicher: „Die Eingangstür zum Bürgermeisterzimmer“ rief er, nachdem erst zwei Kacheln des ganzen Bilds aufgedeckt waren. Der Abgeordnete hatte nicht unrecht – mit etwas mehr Geduld hätte er aber gesehen, dass vor der Eingangstür noch Bürgermeister Jörg-Roger Hische saß, den es tatsächlich zu erraten galt...

DIE WICHTIGSTEN STANDPUNKTE DER SECHS KANDIDATEN

ENERGIEWENDE

Für SPD-Kandidat Matthias Miersch ist der bisherige Verlauf der Energiewende „ein schönes Beispiel dafür, wie die Regierung in einem sensiblen Bereich Chaos angerichtet hat“. Für ihn steht fest, dass die „Rolle rückwärts nach Fukushima“ mit dem Ausstieg aus der Atomenergie für einige Vertreter von CDU und FDP eine rein taktische Entscheidung war: „Und deshalb ist auch nichts passiert. Es gibt keine Steuerung.“

Die Energiewende ein Chaos, gar ein Strompreis-Treiber? Das wies Abi Dogan (Grüne) klar zurück: „Der Preis an der Börse sinkt sogar.“ Einzig: „Die Menschen merken nichts davon“, hielt Moderatorin Marita Scheffler dagegen. „Das ist ja das Problem. Die Konzerne geben das nicht an die Verbraucher weiter“, kritisierte Dogan. Es reiche nicht, Probleme zu erkennen – die Politik müsse handeln.

Maria Flachsbarth (CDU) widersprach energisch: Der Bezug der Stromrechnung zum Börsenpreis sei ein Problem – die Grundsätze hätten aber SPD und Christdemokraten in der Großen Koalition gemeinsam beschlossen. Mierschs Unterstellung, bei CDU und FDP wollten einige den Atomausstieg zurückdrehen, sei abwegig. Auch Weissleder wies die These zurück: „Das Thema Atomkraft ist durch. Ich sehe nicht, dass das jemand noch mal auf die Tagesordnung bringen möchte.“ Niemand könne die aktuelle Lage der Energiewende „mit einem Schnipps“ ändern: „Wir sitzen da alle in einem Boot.“

Wilfried Gundelbacher (Piraten) sieht die erneuerbaren Energien nicht unkritisch: „Ich kann verstehen, wenn die Leute wie in Mittelrode sagen: Ich will nicht noch ein Windrad vor der Tür.“ Vielleicht gebe es eines Tages alternative Energiequellen. „dann kann man die Räder wieder abbauen“. Wie viele andere Projekte sei die Energiewende nur erträglich, „wenn sie bezahlbar ist“, sagt Agnes Hasenjäger (Linke). Jeder Bürger müsse ein kostenloses Grundkontingent an Strom bekommen – finanziert durch teureren Mehrverbrauch.



Dr. Matthias Miersch (SPD)



Abi Dogan (Bündnis 90/Grüne)



Agnes Hasenjäger (Die Linke)



Dr. Maria Flachsbarth (CDU)



Wilfried Gundelbacher (Piraten)



Dirk Weissleder (FDP)

MINDESTLOHN

„Das kann die Politik nicht festlegen“, findet Maria Flachsbarth (CDU). Stattdessen müssten die Unternehmer und Gewerkschaften für jede Branche und jede Region individuelle Mindestlöhne festlegen. „Wir greifen nur da ein, wo das nicht möglich ist.“ Zuletzt seien so für vier Millionen Arbeitnehmer in sieben Branchen Mindestlöhne entstanden.

Gegen den Eindruck, Mindestlöhne könnten Jobs vernichten, wehrte sich Matthias

Miersch: Eine Studie in vielen europäischen Ländern habe ergeben, dass dies nicht passiere. Für ihn sei das Thema abseits aller Zahlendiskussionen eine Frage der Würde: Wer etwa seinen schlecht bezahlten Job mit Hartz IV aufstocken müsse, der werde gezwungen, zu betteln.

Dass der Niedriglohnsektor viele Jobs schaffe, sei kein Argument, findet auch Gundelbacher (Piraten): „Es geht ja nicht nur darum, irgendwie zu arbeiten.“ Für Agnes Hasenjäger (Linke) geht es eher um Sicher-

heit für die Beschäftigten: Nur mit einem Mindestlohn sei klar, dass kein Unternehmer aus einer Konkurrenzsituation heraus unter den festgelegten Satz gehe. Dirk Weissleder (FDP) betonte, seine Partei habe ihre strikte Ablehnung zum Thema inzwischen aufgegeben. Ein flächendeckender Mindestlohn für alle Branchen sei aber auch mit ihm nicht zu machen. Gleichzeitig müsse man beachten, „dass noch nie so viele Menschen in Lohn und Brot gestanden haben wie jetzt“.

RENTE UND GESUNDHEIT

Matthias Miersch (SPD) ärgert sich „kolossal“: Es gelte, die Ungerechtigkeiten in der Gesundheitsversorgung zu beseitigen. Es dürfe nicht sein, dass gesetzlich versicherte Patienten viel länger warten müssten als privat Versicherte. Doch Miersch räumt auch ein: Eine grundsätzliche Gleichstellung könne auch die von ihm geforderte einheitliche Bürgerversicherung nicht bringen: Bei Zusatzleistungen müsse man wohl immer noch Unterschiede hinnehmen.

Für Hasenjäger hängt die Zukunft der Rente mit dem Mindestlohn zusammen: „Wer heute keine anständige Bezahlung hat, dem fehlt später eine anständige Rente.“ Pirat Wilfried Gundelbacher wehrt sich gegen ein Rentenalter von 67 Jahren: „Ich kann mir als Kraftfahrer nicht vorstellen, dann noch auf dem Bock zu sitzen.“ Jeder, der länger arbeiten wolle als bis 65 müsse das aber frei entscheiden können. Flachsbarth betonte, nur 2,6 Prozent der Rentner lebten heute von Grundsicherung, 70 Prozent der Arbeitnehmer hätten eine private Altersvorsorge – für sie ein „guter Durchdringungsgrad“.

ERNÄHRUNG

Tut sich die CDU schwer damit, gegen Massentierhaltung vorzugehen? Keinesfalls, findet Maria Flachsbarth. Und verweist auf Tierschutz-Vorstöße der alten, schwarz-gelben Landesregierung, die Rot-Grün nun unverändert vorantreibt. Die Verbraucher seien beim Kauf von hochwertigem, aber auch teurerem Fleisch ebenfalls in der Pflicht. Für Linken-Kandidatin Agnes Hasenjäger gilt es vor allem, die bestehenden Anlagen schärfer zu kontrollieren. Abi Dogan (Grüne) musste auf eins der Aufreger-Themen aus dem diesjährigen Wahlkampf reagieren: den von seiner Partei vorgeschlagenen Veggie-Day in Kantinen. „Es sollte eine Idee sein, ein Anreiz.“ Doch die Medien hätten daraus einen Zwang gemacht, man wolle die Leute bevormunden. „Wer sich damit beschäftigt, der weiß, dass so etwas gar nicht verpflichtend geht“, sagt Dogan.

IN KÜRZE

18,4 Prozent haben bereits gewählt

Springe. Rekord bei der Briefwahl! 4232 Springer haben die Unterlagen vorab ausgefüllt. Das sind 18,4 Prozent der Stimmberechtigten – und wesentlich mehr als bei jeder bisherigen Wahl. Wichtig: Die Briefe dürfen nicht am Sonntag im Wahllokal abgegeben werden. *mari*

Live-Ticker am Wahlabend

Springe. Wie viele Springer gehen zur Wahl, und wem geben sie ihre Stimme? Fragen, die die Neue Deister-Zeitung am Sonntag in einem Live-Ticker beantwortet. Die Meldungen laufen ab 18 Uhr auf der Internetseite ndz.de ein.

Sechs Kandidaten, ein Wort: „Prost!“

Springe. Im Wahlkampf sind sich die Bundestagsabgeordneten Maria Flachsbarth (CDU) und Matthias Miersch (SPD) sowie die Kandidaten der FDP, der Grünen, der Linken und der Piraten mehrfach begegnet. Und egal, welche Partei am Sonntagabend gewinnt, mindestens einmal wollen sich die sechs Politiker aus dem Wahlkreis Hannover-Land II noch zusammensetzen und in Ruhe ein Bier trinken.

Flachsbarth und Miersch haben ihre Konkurrenten gleich nach Ende der NDZ-Podiumsdiskussion zum Kneipenabend eingeladen. „Wir sind die ganzen Wochen absolut kollegial miteinander umgegangen“, resümiert Flachsbarth. „Natürlich kämpft gerade jeder um jede Stimme“ – da dürfe man sich schon mal wie die Kesselflicker über politische Standpunkte streiten. „Aber bald wird ja abgerüstet.“

Schon vor vier Jahren hatten die beiden Abgeordneten einen gemütlichen Nachwahl-Termin mit ihren Gegenspielern abgemacht. Damals saßen die Politiker in Laatzen zusammen. Über die Kneipe für das nächste Treffen müssen sie noch abstimmen. *mari*